

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 05 86 846 pppn d



## Inhalt

Egon Bahr MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, zieht Bilanz aus der Saar-Wahl: Ansporn für NRW.  
Seite 1/2

Frolinde Balsler MdB äußert sich kritisch zur Anwendung von Methadon bei Heroin-Abhängigen: Rauschgift bleibt gefährlich.  
Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB setzt sich für eine stärkere Bürgerbeteiligung ein: Auch bei Bundesfernstraßen.  
Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 81

28. April 1980

Erfreulich und ermutigend

-----  
Saar-Ergebnis ist Ansporn für NRW

Von Egon Bahr MdB  
Bundesgeschäftsführer der SPD

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 27. April 1980 ist für Sozialdemokraten erfreulich und ermutigend zugleich.

Erfreulich für unsere Freunde im Saarland, die gestern ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl erreichen konnten und damit erstmals stärkste Fraktion im Landtag in Saarbrücken wurden. Dieses Ergebnis drückt eine breite Zustimmung zur eindeutigen politischen Alternative aus. Es ist ein großer persönlicher Erfolg für unseren Freund, den Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine. Der persönliche Erfolg Oskar Lafontaines wird unterstrichen durch das hervorragende Abschneiden der Sozialdemokraten gerade in der Stadt Saarbrücken; es zeigt sich hier einmal mehr, daß die manchmal behauptete "Großstadtproblematik" in Wirklichkeit nicht existiert und die SPD in allen Bereichen zugewinnen kann. Der Vertrauenszuwachs der SPD bei allen Wählergruppen hat sich fortgesetzt.

Die Saar-SPD hat in diesem Wahlkampf eine große organisatorische und politische Leistung vollbracht, die Mobilisierung hat sich auszahlt. Dies wird noch deutlicher, wenn man die Umfragen der Vorwahlkampfzeit mitbedenkt, die ein so gutes Ergebnis für uns nicht erwarten ließen. Jeder weiß, daß der Kampf um die Regierung im Saarland eine Langstrecke ist; gestern sind wir dem längst überfälligen Regierungswechsel an der Saar ein großes Stück näher gekommen.

Die CDU-FDP-Koalition in Saarbrücken hat sehr viel Vertrauen bei den Wählern verloren - jeder zehnte Wähler, der 1975 noch eine der Koalitionsparteien wählte, gab der Politik von Zeyer und Klump eine Absage.

Für die CDU hat sich auch an der Saar der Verlierertrend der letzten drei Jahre fortgesetzt, sogar noch verstärkt. Der

Einsatz von Strauß an der Saar hat sich nicht ausgezahlt, ebensowenig der Einsatz von Zeyer und der Saar-CDU für Strauß. Auch die FDP-Strategen an der Saar dürften über ihr Überleben mit Hilfe von CDU-Leihstimmen nicht glücklich sein, wenn sie sich an die zweistelligen Wahlergebnisse ihrer Partei in den 50er und 60er Jahren zurückerinnern. Die Grünen sind an der Saar gescheitert; sie haben letztlich nur erreicht, daß der knappe Vorsprung der CDU-FDP-Koalition künstlich vergrößert wirkt.

Wichtig und ermutigend ist das gute Abschneiden der Sozialdemokraten an der Saar vor allem auch mit Blick auf Nordrhein-Westfalen und Bonn:

- Für unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen wird sich neuer, zusätzlicher Schwung einstellen. Kämpfen zahlt sich aus. Eine repräsentative Umfrage kurz vor dem Eintritt in die Schlußphase des Saarwahlkampfes signalisierte ein weniger günstiges Ergebnis für unsere Partei an der Saar. Alle Aktiven dort haben sich indessen nicht aus dem Takt bringen lassen, haben hart gearbeitet und, bezogen auf den letzten Umfragestand, drei Punkte durch Mobilisierung noch draufgelegt. Praktisch heißt dies: Viel freiwilliges Engagement zum Beispiel beim Verteilen der "Zeitung am Sonntag", beim Ausrichten von Veranstaltungen, bei Hausbesuchen und praktischer Informationsarbeit.
- Die Begrenztheit der politischen Bedeutung der Grünen wird immer klarer. Es gibt kein Öko-Reservat in der praktischen Politik. Sozialdemokraten - zumal gerade an der Saar - haben eine vernünftige politische Position erarbeitet, die die Sorgen um den Umweltschutz nicht aus dem politischen Gesamtzusammenhang herauschält, aber auch nicht hintenanstellt. Es waren mit Sicherheit auch konservative Winzer, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben mit Blick auf drohende Umweltbelastungen durch grenznahe Kernkraftwerke, wie es natürlich die Arbeitnehmer waren, die die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze bei Sozialdemokraten besser aufgehoben wissen.
- Neue Klarheit mit weit über das Saarland hinausgehender Ausstrahlung zeigt sich auch in der Einschätzung der politischen Alternative: "Sozialdemokraten oder Strauß". Die Menschen an der Saar haben die politische Besonnenheit ermutigt und all denen eine Absage erteilt, die im politischen Sinne gerne zündeln. Das fast bedeutungslose Abschneiden der selbsternannten Strauß-Filialpartei an der Saar ist dafür ebenso Beleg wie das in manchen Gebieten geradezu erdrutschartige Abbrechen des Vertrauens in die CDU.
- Damit zusammenhängend: Strauß verstärkt den Verlierertrend in der CDU/CSU. Seit der förmlichen Selbstnominierung des Kanzlerkandidaten geht nicht mehr viel in der Union. Strauß-Statthalter Biedenkopf wird in Nordrhein-Westfalen ähnliches zu spüren bekommen. Er war der erste, der Strauß das Tor für Nordrhein-Westfalen weit aufstieß. Man darf gespannt bleiben, wie er sich jetzt wieder aus der Affäre zieht.
- Die Saar lehrt auf erfrischende Weise auch dies: Wer einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten will, muß SPD wählen. Die Bürger in NRW haben nur eine Stimme. Leihstimmenoperationen zahlen sich nicht aus; Stimmen für die Grünen sind umsonst und helfen äußerstenfalls, den Verlierertrend der CDU abzdämpfen.
- Die Saar konnte in Bonn nichts verändern; NRW könnte: Das bedeutet Ansporn und Verantwortung für Wähler und Partei zwischen Rhein und Ruhr.

Alles in allem: Die Saar-Wahl gibt neue Klarheit und Zuversicht für Nordrhein-Westfalen, und damit für eine Politik der Besonnenheit, der Erfahrung und der Sicherheit für unser Land.  
(-/28.4.1980/ks/ca)

+ + +



**Rauschgift bleibt gefährlich**  
-----

Zur Anwendung von Methadon als Mittel zum Ausstieg aus der Abhängigkeit von Heroin

Von Dr. Frolinde Balsler MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages

Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist mit Methadon (beziehungsweise Polamidon) als Mittel gegen Heroin experimentiert worden. In Diskussionsveranstaltungen wurde dieser Weg empfohlen. Kürzlich hat Bundesinnenminister Gerhard Baum vorgeschlagen, Heroinsüchtige mit der Droge Methadon zu behandeln, wie er das in den USA erfahren hatte.

Verständlicherweise spielte diese Problematik auch eine Rolle in der Sachverständigen-Anhörung zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts, die der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit am 21. April 1980 durchführte.

So wurde zum Beispiel berichtet, daß man in den USA sozusagen einen Dreistufenplan vorgesehen hatte: Mittels Methadon wollte man die Süchtigen vom Heroin wegbringen, sie dann stabilisieren (vor allem auch gesundheitlich), und sie in einer dritten Phase wieder vom Methadon entwöhnen.

Tragischerweise entpuppte sich diese Hoffnung als Trugschluß, so daß mittlerweile Tausende von heroinabstinenten Methadonsüchtigen in den USA herumlaufen, die - unter Umständen bis an ihr Lebensende - zweimal am Tag eine hohe Dosis dieser Droge brauchen.

Für die Bundesrepublik spricht allerdings noch ein weiterer Grund gegen die Anwendung von Methadon als "Ausstiegsdroge": In den USA habe man es mit einer ziemlich ausschließlichen Heroinszene zu tun, das bedeutet, der einzelne Süchtige spritzt "nur" Heroin. Bei uns dagegen schluckt der allergrößte Teil der Heroisten zusätzlich noch Aufputzmittel, Schlaftabletten und/oder Psychopharmaka aller Art. Methadon helfe aber nur gegen Heroin, ohne die gewünschte Gefühlsaufwallung zu bewirken. So würden weitere Drogen genommen, und die Kombination mehrerer Rauschmittel - wozu in diesem Fall auch Alkohol gehört - könne nur allzu leicht zum Tode führen. Man würde also mit Methadon neue Gefahren und Abhängigkeiten erst schaffen.

Wie der Schweizer Mediziner Dr. Karl Deissler dies während der Anhörung bezeichnete, sei ein solches Verfahren eher Ausdruck einer "zynischen Resignation".

Schließlich wurde noch zu bedenken gegeben, daß eine staatlich oder wie auch immer organisierte Ausgabe einer solchen angeblichen Ersatzdroge folgendes bewirke: Nur die relativ wenig in ihrer Persönlichkeitsstruktur durch Rauschgiftabhängigkeit Gestörten würden die Energie aufbringen, regelmäßig sich die Ersatzdroge abzuholen. Man erziele also eine Negativbeeinträchtigung, da diese Gruppe am ehesten mit sinnvoller, sozialpädagogisch ausgerichteter Therapie wieder von der Sucht zu heilen wäre.

Fazit: Man sollte die Diskussion um Methadon/Polamidon oder anderen "Ersatz" beenden und endlich die erforderlichen Therapieketten oder einen regionalen Therapieverbund schaffen. Dabei müßte die Kostenübernahme ähnlich wie bei den Unterhaltsvorschußkassen geregelt werden und dies alles sollte angesichts der rapiden Steigerung der Zahl der Betroffenen rasch erfolgen.

(-/28.4.1980/ks/ca)

+ + +



Auch bei Bundesfernstraßen  
-----**Stärkere Bürgerbeteiligung beim Straßenbau**

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Gesetzentwurf über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 (2. FStrAbändG) steht auch die Frage zur Diskussion, inwieweit Bundesstraßen mit umstrittener Baulast in den Bedarfsplan aufzunehmen sind. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf gefordert, daß Bundesfernstraßenprojekte mit umstrittener Baulastträgerschaft in städtischen Bereichen als Bedarf auszuweisen seien, erforderlichenfalls mit besonderer Kennzeichnung; der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen dürfe die notwendige Auseinandersetzung über die rechtliche Bedeutung des Paragraphen 5 Absatz 4 FStrG nicht vorwegnehmen, weil er hierfür weder geeignet noch bestimmt sei. Die Bundesregierung hat es jedoch in ihrer Gegenäußerung abgelehnt, in den Bedarfsplan Projekte aufzunehmen, die nach ihrer Auffassung nicht in die Baulast des Bundes fallen; dies sei nämlich in früheren Bedarfsplänen eine dauernde Quelle von Mißverständnissen und Planungsverzögerungen gewesen.

Paragraph 5 Absatz 4 FStrG bestimmt im einzelnen den Begriff der Ortsdurchfahrt im Zuge von Bundesstraßen. Die Bestimmung einer Ortsdurchfahrt hat Konsequenzen in erster Linie für die Straßenbaulast, das heißt für die Frage, wer für Bau und Unterhaltung verantwortlich ist und die Kosten hierfür zu tragen hat. Gemeinden mit mehr als 80.000 Einwohnern haben an Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen die volle Baulast zu tragen. Obwohl Paragraph 5 Absatz 4 FStrG an sich recht eindeutig gefaßt ist, kann es über seine Auslegung in Einzelfällen zu Streitigkeiten kommen. Die hinter solchen Streitigkeiten stehenden Interessengegensätze beruhen in aller Regel darauf, daß der Straßenbau in oder am Rande von Städten meist mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Die Unpopularität von Straßenbauprojekten führt indessen nach aller Erfahrung nicht zu Streitigkeiten über die Auslegung von Paragraph 5 Absatz 4 FStrG, schon gar nicht, wenn sich die Unpopularität eines Straßenbauprojektes durch flexible Handhabung von Planungsstandards ausräumen oder wesentlich mildern läßt: Der Bund ist an der richtigen Bestimmung von Ortsdurchfahrtsgrenzen in aller Regel nur als Kostenträger interessiert; die Durchführung von Straßenbaumaßnahmen und damit auch die Ausräumung von Widerständen ist grundsätzlich Aufgabe der Straßenbauverwaltung des Landes (Artikel 90 GG). Die Gemeinde ist an Planungsstandards des Bundes nicht gebunden, soweit es um



Ortsdurchfahrten in ihrer Baulast geht. Denn die Planungsstandards des Bundes sind bindend allenfalls für Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes; für andere Straßen können sie lediglich empfehlenden Charakter haben.

Davon unabhängig setzt sich der Bundesminister für Verkehr aber auch seit langem für eine ausreichend flexible Fassung und Anwendung der Entwurfsrichtlinien im Straßenbau ein. Die technischen Regelwerke sollen so gefaßt werden, daß sie einerseits die technischen Sachverhalte so bestimmt wie möglich und notwendig regeln, andererseits aber auch die Berücksichtigung wichtiger anderer Sachverhalte (zum Beispiel Umwelt- und Landschaftsschutz, städtebauliche Gesichtspunkte) im Wege der Abwägung aller öffentlichen Belange ermöglichen. Die Regelwerke gebieten also ihrem Inhalt oder ihrer Zielsetzung nach keineswegs immer eine strikte Anwendung, sondern lassen häufig einen Ermessensspielraum offen. Dies gilt insbesondere dann, wenn Belange der Sicherheit nicht berührt sind. Der gegebene Ermessensspielraum soll zur gebotenen Abwägung aller Belange ausgenutzt werden.

Der Bundesminister für Verkehr setzt sich auch bereits seit längerer Zeit dafür ein, daß die Wünsche und Anregungen der Gemeinden bei der Planung von Bundesfernstraßen soweit wie möglich berücksichtigt werden, damit aber auch die Gemeinden soweit wie möglich in die Planungsverantwortung einbezogen werden. In seinen Zielvorhaben für den Bundesfernstraßenbau vom 19. April 1979 hat er dies nochmals ausdrücklich gefordert. Eine Berücksichtigung von Wünschen und Anregungen der Gemeinden ist um so stärker, je flexibler die technischen Planungsstandards gehandhabt werden.

Ebenso legt der Bundesminister für Verkehr großen Wert darauf, daß die Bürger bei der Planung von Bundesfernstraßen frühzeitig und intensiv beteiligt werden. Er hat dies im Jahre 1979 in mehreren Schreiben an die Obersten Straßenbaubehörden der Länder eindringlich zum Ausdruck gebracht. Es werden in dieser Hinsicht bereits seit längerer Zeit erhebliche Anstrengungen unternommen. Dies muß jedoch noch ausgebaut werden. In der Regel wird dabei die Bürgerbeteiligung in der Form praktiziert, daß die Straßenbauverwaltung die für eine Bürgerbeteiligung notwendigen Informationen vorbereitet, die nachfolgende Diskussion mit den Bürgern (zum Beispiel in öffentlichen Ratsitzungen oder Bürgerversammlungen) jedoch auf Einladung und unter Leitung der jeweils berührten Gemeinden und unter Teilnahme von Vertretern der Straßenbauverwaltung durchgeführt wird.

(-/28.4.1980/ks/ca)

+ + +  
Verantwortlich: Willi Carl

